

13. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 20. Juni 2016

Obwohl es zurzeit verschiedene Themen in der Stadt gibt, die in den Medien und von den Bürgern kontrovers diskutiert werden, scheint keines dieser Themen Grund genug zu sein, vor dem Rathaus zu demonstrieren. Denn auch bei dieser 13. Sitzung des Duisburger Stadtrates gab es vorher weder Demonstranten noch Spruchbänder oder Trillerpfeifen. Eine größere Besuchergruppe aus Bissingheim hatte sich auf den Tribünen des Sitzungssaals eingefunden um die Diskussionen zum Rahmenplan "ehemaliger Rangierbahnhof Wedau" zu verfolgen.

Diese Sitzung war mit 60 öffentlichen und 11 nicht-öffentlichen angesetzten Tagesordnungspunkten verhältnismäßig kurz. Außerdem waren keine Themen dabei, die längere Diskussionen erwarten ließen. Allerdings konnte man schon vor Sitzungsbeginn im gegenseitigen Umgang deutlich die Auswirkungen der vergangenen Ratssitzung bemerken. CDU und SPD hatten damals beschlossen, allen anderen Fraktionen und Gruppen ab Januar 2017 massiv die Fraktionsgelder zu reduzieren und sich selber deutlich mehr Zuwendungen zu gewähren. Dieser Beschluss hat die Atmosphäre im Ratssaal spürbar abgekühlt.

Innerhalb der ersten 20 Tagesordnungspunkte gab es auch nur eine einzige (nebensächliche) Wortmeldung von den Grünen. Ansonsten stimmten die Ratsmitglieder kommentarlos über einen neuen **Schrittführer** und eine **Dienstreise** von Bürgermeister Kocalar (Linke) ab, beschlossen eine **Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss** und im Beirat des "Niederrhein-Therapie-Zentrums".

Ohne Wortmeldungen und zumeist einstimmig wurde der Arbeitsvertrag des **Geschäftsführers von Duisburg-Kontor** verlängert, sowie die **Jahresabschlüsse von Stadtwerken, DVG und DVV** genehmigt und gleichzeitig deren Aufsichtsräte entlastet.

Es folgten die **Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne** weiterer zahlreicher städtischer Gesellschaften, wie Duisburg-Kontor, filmforum GmbH, EG-DU, GfW, Gebag, DBV, Werkstatt für Menschen mit Behinderungen, Wirtschaftsbetriebe AöR, NIAG (an der die Stadt Duisburg noch ca. 1% Anteil hält) und der Hafen-AG, die erstmals von ihren 9 Mio. Euro Gewinn einen Betrag i.H.v. 3,6 Mio. Euro an ihre Gesellschafter ausschüttet. Die Stadt erhält davon 1,2 Mio. Euro, obwohl der Duisburger Stadtrat schon im HSP 2010 (Haushaltssanierungsprogramm) jährlich 2,5 Mio. Euro gefordert und eingeplant hatte.

Da die FDP in (nahezu) keinem der zuständigen Aufsichtsgremien vertreten ist und keine detaillierteren Kenntnisse über diese Gesellschaften hat, enthalten sich die beiden liberalen Ratsmitglieder traditionell in allen Fällen der Stimme.

Die "**EG-DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH**" steht offenbar auf ´wackeligen´ Füßen und deshalb lag dem Rat zu diesem Thema eine gesonderte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Darin wird erläutert, dass die EG-DU vor Jahren gegründet wurde, um Fördergelder der EU zur Stadtteilentwicklung zu erhalten, denn eine Stadt darf diese Gelder nur beantragen, wenn sie die genehmigten und ausgezahlten Summen anschließend an einen Verein o.ä. auszahlt.

Als neue Richtlinien festlegten, dass die Stadt auch nicht (mehr) Mehrheitsanteilseigner eines solchen 'Vereins' sein darf, wurden 51% der Gesellschaft an die Duisburger Bürgerstiftung "ausgelagert". Aber auch diese Variante konnte nicht verhindern, dass die EG-DU für all' ihre Leistungen Abrechnungen mit Umsatzsteuer erstellen musste. Die Stadt war deswegen jahrelang gezwungen, mehr Gelder an die EG-DU auszahlen, als sie selbst an EU-Fördergeldern erhalten hatte; eine Konstruktion, die irgendwann zu Konflikten führen musste. Zudem verlassen in den kommenden Jahren zahlreiche Mitarbeiter und der langjährige Geschäftsführer die Gesellschaft, so dass nach Aussage der Stadtverwaltung viel 'Know-How' verloren geht.

Um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden müsste man diese Gesellschaft konsequenterweise eigentlich bald liquidieren, aber die Erfahrung lehrt, dass einmal gegründete städtische Gesellschaften in Duisburg (fast) nie wieder aufgelöst werden, selbst dann, wenn sie ihren Zweck verlieren und/oder mehr Kosten verursachen, als sie erwirtschaften.

So schlägt der Oberbürgermeister auch in diesem Fall vor, die Gesellschaft unter dem Dach einer anderen städtischen Gesellschaft weiter zu führen. Laut Beschlussvorlage bieten sich die Wirtschaftsbetriebe und die Gebag dafür an, weitere Details stehen noch nicht fest. Der Rat sollte jetzt zunächst beschließen, dass der OB die weiteren Verhandlungen "in dieser Richtung" führen solle. Die Freien Demokraten stimmten (zusammen mit der Fraktion PSL) gegen diese 'Hilfskonstruktion' zur künstlichen Verlängerung einer unwirtschaftlichen städtischen Gesellschaft.

Eine strittige Auseinandersetzung hätte man bei Tagesordnungspunkt **"VIA, Entflechtung der DVG"** erwarten können. Aber erstmalig in dieser Sitzung ergriff der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Mettler das Wort und beantragte für die gesamte Vorlage die 1. Lesung, was bedeutete, dass darüber nicht diskutiert und auch nicht abgestimmt wurde. "Man" hätte noch "Beratungs- und Abstimmungsbedarf", erklärte er zur Begründung.

Im Kern geht es beim geplanten Ausstieg der DVG aus dem gemeinsamen Verkehrsverbund mit Essen und Mülheim darum, dass die DVG nicht bereit ist, ihre Mitarbeiter in eine neue gemeinsame Gesellschaft mit nur einem Betriebsrat auszugliedern, wie es ein unabhängiger Gutachter gefordert hatte, um nach sechs Jahren endlich Spareffekte und Synergien zu bewirken. An diesem Beispiel wird der große Einfluss von Gewerkschaften (und besonders der von Verdi) in unserer Stadt deutlich.

Zu unerwartet längeren Diskussionen kam es bei einer Vorlage mit dem Titel **"Wohnbauflächenentwicklung"**. Hiernach soll die Gebag die Entwicklung und Vermarktung von zahlreichen ausgewählten Wohnbauflächen übernehmen, da weder das IMD noch die Kernverwaltung dazu in der Lage sind und dafür die entsprechenden Kapazitäten frei haben. Die Stadt zahlt für diese zusätzlichen Leistungen (an die Gebag).

Ratsherr Elmar Klein von der CDU forderte die 1. Lesung, weil der Personalrat erst einen Tag vor der Ratssitzung in das Thema eingebunden wurde und den Stadtrat in einem Schreiben aufgefordert hatte, zunächst die Gespräche/Verhandlungen abzuwarten, bevor Fakten geschaffen werden. Eilig erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Rainer Enzweiler, dass dieses Thema enorm wichtig sei und unbedingt heute abgestimmt werden müsse ("CDU gegen CDU", ein Vorgang, den man bisher nur aus Ausschusssitzungen kannte, im Rat war das neu...).

Der Oberbürgermeister erklärte, dass man zunächst davon ausgegangen war, dass der Personalrat nicht einbezogen und beteiligt werden müsse, da kein Personalwechsel zwischen Stadt, IMD und Gebag stattfinden sollte. Erst zu einem späteren Zeitpunkt der Bearbeitung erkannte man das Problem und informierte den Personalrat (obwohl immer noch nicht davon die Rede war/ist, dass Personal wechseln soll), allerdings war dies erst zwei Tage vor der Ratssitzung, so dass der Personalrat sich noch nicht ausreichend mit dem Thema beschäftigen konnte. Der OB erklärte aber, dass er diese Gespräche ohne Eile führen werden - nach(!) dem Beschluss des Stadtrates.

Auch die Grünen, die die These aufstellten, dass dem ehemaligen Geschäftsführer des IMD, Uwe Rohde (der inzwischen zur Gebag gewechselt ist) offenbar nun ein ehemaliger Geschäftsbereich folgen sollte, sahen keine Eile und beantragten die 1. Lesung, der aber nur die Linken, die AfD und die FDP zustimmten (merkwürdigerweise auch nicht CDU-Rats Herr Klein). CDU und SPD wollten sich offensichtlich über die Meinung/Empfehlung des Personalrats hinwegsetzen und diese Entscheidung jetzt 'durchdrücken', wie es dem OB während der Diskussion gleich mehrmals herausrutschte - und sie taten es auch.

Es folgte (wie in jeder Ratssitzung) ein ganzer Block mit der Aufstellung und Änderung von **Bebauungsplänen** und Flächennutzungsplänen, die, wie fast immer, kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden.

Dann allerdings kam es zum Beschluss zur **Entwicklung der ehemaligen Bahnanlagen zwischen Wedau und Bissingheim**, der eine lange und hitzige Diskussion auslöste (was auch den zahlreichen Besuchern auf den Tribünen geschuldet sein könnte...). Dabei sprachen sich alle Ratsfraktionen, Gruppen und Einzelvertreter für die Entwicklung dieser Fläche aus, diskutiert wurde nur über die Art und die Eile, mit der die großen Fraktionen auch dieses Thema 'durchdrücken' wollen.

Eine erste Bürgerversammlung/Anhörung der Stadt zu diesem Thema wird erst am 5. Juli stattfinden, also 15 Tage nach dem Beschluss des Stadtrates, was bedeutet, dass die Ideen und Vorschläge der Bürger wohl kaum noch in den Rahmenplan einfließen können - wohl aber in die später folgenden Bebauungspläne, wie der zuständige Dezernent Carsten Tum erklärte. Einen von den Grünen vor längerer Zeit erarbeiteten Fragenkatalog zum Thema wollte(!) die Verwaltung nach eigener Aussage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten.

Auch bei diesem Thema war auffällig, mit welcher Dominanz und mit welchem Druck der Oberbürgermeister, die SPD und die CDU vorgehen, um diesen Beschluss zu erzwingen.

Wie üblich ergriff der SPD-Fraktionsvorsitzende nach einiger Zeit das Wort um zu erklären, dass alles gesagt sei, die vorgetragene Argumente entweder unsachlich oder sinnlos seien... Diese wiederholt überhebliche und herabsetzende Wortwahl wollte FDP-Ratssprecher Wilhelm Bies nicht unkommentiert lassen: *"Hier wird mal wieder deutlich, dass Sie sich diese Stadt zur Beute gemacht haben... Fragen anderer Ratsmitglieder werden von Ihnen nur noch als lästig, überflüssig oder dummlich bezeichnet... ...liebe Zuschauer, nehmen Sie diese Wortbeiträge mal als 'Anregung' mit nach Hause..."*

Dem Gedanken folgend "im Prinzip ja, aber nicht so", aber auch weil die FDP ihre Position zur Entwicklung des Areals zwischen Wedau und Bissingheim erst in der kommenden Kreisvorstandssitzung beraten möchte, enthielten sich die FDP-Mandatsträger der Stimme, ebenso wie Linke, AfD und NPD. Die Grünen stimmten dagegen.

Einem zusätzlichen Antrag der Linken, wonach auf dem genannten Gebiet der avisierte Anteil an gefördertem Wohnraum auf 25% ausgeweitet werden solle, folgten nur die Grünen.

Es schlossen sich zehn Anfragen von NPD, AfD und rechten Einzelvertretern zum Thema Asylbewerber an, die alle (schriftlich und später) durch die Verwaltung beantwortet werden.

Zuletzt folgten **zahlreiche Mitteilungsvorlagen**, in denen die Mandatsträger z.B. einen Bericht zur Ehrenamtskarte, zur Nutzung der ehemaligen Saunaflächen im Rhein-Ruhr-Bad für 'Fitness' oder zur Kulturförderung des Landschaftsverbandes zur Kenntnis nehmen.

Außerdem bestand die Möglichkeit, dass die Ratsmitglieder über verschiedene Vorgänge diskutieren: den Konzernbericht der STEAG, das Schreiben der Regierungspräsidentin zur Haushaltssatzung oder die Tatsache, dass der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans Pflug nun China-Beauftragter der Stadt ist und der Karl-Lehr-Brückenzug zwischen Kasselerfeld und Ruhrort jetzt aus Sicherheitsgründen nur noch einspurig sein darf.

All diese Dinge wurden aber nicht diskutiert, sondern kommentarlos zur Kenntnis genommen, denn die Leidenschaft zu Diskussionen ist den meisten Ratsvertretern offenbar in den vergangenen Sitzungen vergangen, da die dominante und kompromisslose Übermacht von Oberbürgermeister, SPD und CDU ohnehin keinen Widerspruch und keine Argumente zulassen.

Dieses 'ohnmächtige und aussichtslose' Gefühl, dass sich mit jeder Ratssitzung verstärkt (weil OB, CDU und SPD ohnehin bereits alles immer vorher geklärt haben), lähmt nicht nur die politische Diskussion, sondern hemmt auch die Entwicklung der Stadt.

Es scheint nur noch darum zu gehen, dass der Oberbürgermeister in zwei Jahren, wenn der Oberbürgermeisterwahlkampf ansteht, "irgendwelche" Erfolge vorweisen kann. Dazu muss jetzt "alles Mögliche, irgendwie, ganz schnell" beschlossen und begonnen werden. Unabhängig von Sinnhaftigkeit und/oder Finanzierbarkeit eines Vorhabens.

Schwer zu verstehen und fatal für die Stadt ist, dass die derzeitige CDU-Ratsfraktion dies alles geradezu demütig und unbelehrbar mitmacht...